



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 20. Juni 2022

Bericht aus der Session – Nummer 43
Rückblick auf die Sommersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nach 30 Jahren in politischen Ämtern wende ich mich neuen Herausforderungen zu.

Ich bin sehr dankbar, dass ich im Jahr **1993** dank der SP Neuenhof die Möglichkeit bekommen habe, über die Schulpflege Neuenhof in die Politik einzusteigen. Es waren lehrreiche Jahre, mit vielen spannenden Begegnungen. Es wurden mir Türen geöffnet, von welchen ich nicht mal wusste, dass es sie gibt. Mein politischer Weg führte mich von der Schulpflege in den Grossen Rat, in den Einwohnerrat, den Gemeinderat und schliesslich in den Nationalrat. Zurzeit befinde ich mich in meiner dritten – und letzten - Legislatur des Nationalrats. Ich führte insgesamt 17 Wahlkampagnen. Ich durfte für die SP auf verschiedenen Ebenen unterschiedlichste Ämter besetzen, respektive in zahlreichen Gremien mitarbeiten.

Die SP AG hat vor einigen Jahren eine Amtszeitbeschränkung von drei Legislaturen für Mitglieder des nationalen Parlamentes eingeführt. Ich stand deshalb vor der Herausforderung zu entscheiden, ob ich mich der Ausmarchung für die 2/3-Mehrheit stellen möchte oder nicht. Die Arbeit fordert mich nach wie vor, ich finde sie so spannend wie vor 29 Jahren. **Die Auslegeordnung hat für mich persönlich ergeben, dass ich zum 30-Jahre-Jubiläum auf eine erneute Kandidatur verzichten werde.** Ich halte mich an die Amtszeitbeschränkung, möchte neuen Kräften Platz machen und mich auf meinen Beruf konzentrieren. Auch wenn ich noch nicht genau weiss, was alles auf mich zukommen wird, bin ich überzeugt, dass ich spannenden neuen Aufgaben begegnen werde.

An dieser Stelle möchte ich mich bedanken, bedanken bei den Wählern und Wählerinnen für ihre Stimme und Treue, bei den Mitgliedern der SP für ihre Unterstützung, bei meinen Mitstreiter:innen in den verschiedenen Gremien für die Zusammenarbeit und bei meinem privaten Umfeld für die Geduld mit meinem engen Zeitbudget. Ein grosses Dankeschön geht an meine Töchter, sie haben all die Jahre meine Karriere mitgetragen.



Mir bleiben noch einige Sessionen – wer mich noch besuchen möchte in dieser Zeit, darf sich gerne mit mir in Verbindung setzen. Ich würde mich freuen, einigen noch das Bundeshaus und den Parlamentsbetrieb näher zu bringen.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



17.6.2022

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 43

Rückblick auf die

Sommersession...

Gesundheitskosten: Eine knappe Mitte-Links-Mehrheit im Nationalrat hat gesetzlich festgelegten Kosten- und Qualitätszielen im Gesundheitswesen knapp zugestimmt. Damit soll das Prämienwachstum eingedämmt werden. Nach einer fast sechsstündigen Debatte - über zwei Tage verteilt - beschloss die grosse Kammer am Mittwoch einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "[Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen](#)". In der Gesamtabstimmung wurden die verschiedenen Änderungen im Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) mit 104 zu 74 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Die Mitte-Partei, welche die Initiative lanciert hatte, erzielte damit einen Teilerfolg. Das Volksbegehren selbst war im Nationalrat indes chancenlos. Mit 156 zu 28 Stimmen empfiehlt die grosse Kammer die Kostenbremse-Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung. Initiative und Gegenvorschlag gehen an den Ständerat.

Kommentar: *Ich bin erleichtert, dass die Kostenbremse-Initiative vom Parlament abgelehnt worden ist. Sie hätte zu einer Rationierung von medizinischen Leistungen geführt. Die Gefahr ist gross, dass eine solche Rationierung vor allem Menschen mit langandauernden gesundheitlichen Problemen treffen würde. Den Gegenvorschlag haben wir unterstützt.*

Prämienbegrenzung: Bund und Kantone sollen die Krankenkassenprämien mit über zwei Milliarden Franken zusätzlich verbilligen. Dieser Meinung ist die Mehrheit der Fraktionen im Nationalrat. Auch wenn erst am Donnerstag über die Vorlage abgestimmt wird, so zeichnet sich ab, dass die grosse Kammer ein neues Modell zum Ausbau der individuellen Prämienverbilligung beschliessen wird. Grundsätzlichen Widerstand gibt es nur von der SVP, wie die Fraktionsvoten am Mittwochnachmittag zeigten. Die Unterstützer der Prämien-Entlastungs-Initiative finden den Gegenvorschlag gelungen. Das [Volksbegehren](#) dürfte dagegen von einer grossen Mehrheit zur Ablehnung empfohlen werden.

Kommentar: Gerade für Familien stellen die immer steigenden Krankenkassenprämien eine grosse Belastung dar. Es ist wichtig, dass wir rasch eine Lösung zur Entlastung der Menschen mit mittleren und tiefen Einkommen finden.

Familien: Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats die familienergänzende Kinderbetreuung auch weiterhin fördern. Die grosse Kammer hat sich mit 138 zu 35 Stimmen bei 15 Enthaltungen für eine Verlängerung des Impulsprogramms zur Schaffung von Krippenplätzen ausgesprochen. Die [Vorlage](#) der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) geht nun an den Ständerat. Hintergrund der Pläne für eine Verlängerung bis 2024 ist, dass eine Anschlusslösung voraussichtlich erst 2025 in Kraft treten kann.

Kommentar: *Das ist ein dringend nötiger Entscheid! Familienergänzende Kinderbetreuung sind u.a. wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für die Bekämpfung von Armut.*



Hassverbrechen: Der Bundesrat soll mit einem nationalen Aktionsplan Massnahmen zur Unterstützung und zum Schutz von Opfern von LGBTQ-feindlichen Gewaltverbrechen treffen. Dieser Meinung ist der Nationalrat. Er hat ein entsprechendes [Postulat](#) deutlich angenommen. Mit 105 zu 64 Stimmen bei 16 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer für den Vorstoss von Angelo Barile (SP/ZH). Damit erhält der Bundesrat den verbindlichen Auftrag, einen nationalen Aktionsplan auszuarbeiten. Zuerst wolle sie mit den Kantonen und Gemeinden aber die Zuständigkeiten klären, so die Regierung.

Kommentar: *Angriffe gegen lesbische, schwule, bisexuelle, Trans- und queere Menschen sind leider keine Seltenheit. Das wird sich hoffentlich dank des nationalen Aktionsplans ändern.*

Gebärdensprache: Der Nationalrat will die drei in der Schweiz genutzten Gebärdensprachen gesetzlich anerkennen und dazu ein eigenes Gesetz schaffen. Er hat eine [Motion](#) seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) angenommen. Der Entscheid in der grossen Kammer fiel mit 134 zu 32 Stimmen bei 13 Enthaltungen. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Gegenstand des Gesetzes soll neben der Anerkennung und Förderung der Gebärdensprachen auch die Chancengleichheit in den Bereichen Information, Kommunikation, politische Mitwirkung, Dienstleistungen, Bildung, Arbeit, Kultur und Gesundheit sein.

Kommentar: *Kommunikation ist eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe. Endlich geht's voran mit der Anerkennung der Gebärdensprache!*

Eilen hilft nicht. Zur rechten Zeit aufbrechen, das ist die Hauptsache.

Jean de la Fontaine

Sehbehinderung: Der Nationalrat will bei Volksabstimmungen Abstimmungsschablonen einführen. Diese ermöglichen es Menschen mit einer Sehbehinderung, geheim abzustimmen. Der Bund soll nach dem Willen der grossen Kammer die Voraussetzungen für den Einsatz der Hilfsmittel schaffen. Oppositionslos hat der Nationalrat eine entsprechende Motion gutgeheissen. Erarbeitet hatte den [Vorstoss](#) seine Staatspolitische Kommission (SPK-N). Er geht nun an den Ständerat. Aktuell bräuchten blinde und sehbehinderte Menschen beim Ausfüllen der Unterlagen oft Unterstützung einer weiteren Person, begründet die Kommission ihr Vorhaben.

Kommentar: *Solange es noch kein E-Voting gibt, sind Schablonen sicherlich eine gute Möglichkeit, die politische Teilhabe von sehbehinderten und blinden Menschen zu vereinfachen.*

Seltene Krankheiten: Das Parlament will die Versorgungslücken bei Menschen mit seltenen Krankheiten schliessen. Der Nationalrat hat als Zweitrat oppositionslos eine [Motion](#) der Gesundheitskommission des Ständerats (SGK-S) überwiesen. Nun ist der Bundesrat am Zug. Er soll eine gesetzliche Grundlage schaffen, damit die Massnahmen des nationalen Konzepts seltene Krankheiten (NKS) auch finanziell abgesichert sind. Dabei soll er sich mit den Kantonen abstimmen. Zusätzlich will der Nationalrat den Dachverband der Patientenorganisationen für seltene Krankheiten ProRaris stärken. Diese Motion geht noch an den Ständerat.

Kommentar: *Als frisch gewählte Präsidentin von [ProRaris](#), der Dachverband Seltener Krankheiten, freut mich dieser Entscheid besonders.*

Invalidenversicherung: Bei der Berechnung des Invaliditätsgrads sollen künftig die realistischen Einkommensmöglichkeiten berücksichtigt werden. Der Nationalrat hat oppositionslos eine entsprechende [Motion](#) seiner Sozialkommission (SGK-N) angenommen. Stimmt auch der Ständerat dem Vorstoss zu, muss der Bundesrat bis zum 30. Juni 2023 seine IV-Bemessungsgrundlage präzisieren. Gemäss Motionstext soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Menschen mit



Behinderungen aufgrund ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung auch bei Hilfstätigkeiten auf tiefstem Kompetenzniveau gewisse Arbeiten nicht ausführen können und dass das Lohnniveau auch bei ihnen zumutbaren Tätigkeiten tiefer ist als bei gesunden Personen.

Kommentar: Für die Bestimmung des IV-Grads wird auf Tabellen mit den Zentralwerten der Lohnstrukturerhebung (LSE) abgestützt. Diese LSE-Tabellen widerspiegeln jedoch das Lohnniveau von gesunden Menschen und sind u.a. deshalb total ungeeignet für die Bestimmung des IV-Grads. Es braucht dringend eine Anpassung der Praxis!

Häusliche Gewalt: Der Bund soll nach dem Willen des Nationalrats statistisch erfassen, wie viele Kinder in der Schweiz als Zeugen indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind. Die grosse Kammer hat eine entsprechende [Motion](#) von Christine Bulliard-Marbach (Mitte/FR) mit 111 zu 75 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Der Vorstoss geht an den Ständerat. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die bestehenden Statistiken ausreichen.

Kommentar: Das Miterleben von häuslicher Gewalt gefährdet erwiesenermassen die gesunde Entwicklung von Kindern. Statistische Informationen helfen, Massnahmen zur Unterstützung betroffener Kinder bestmöglich auf die tatsächlichen Situationen abzustimmen.

Sanktionen: Die Schweiz soll von sich aus Sanktionen gegen hochrangige ausländische Politikerinnen und Politiker erlassen können, wenn diese schwere Menschenrechtsverbrechen begangen haben oder an schweren Korruptionsfällen beteiligt sind. Das findet der Nationalrat. Er hat mit 104 zu 74 Stimmen eine [parlamentarische Initiative](#) unterstützt. Die Nein-Stimmen kamen von SVP und FDP. Die grosse Kammer bestätigte damit einen früheren Kommissionsentscheid zum Embargogesetz für diesen Paradigmenwechsel. Die Änderungen im Embargogesetz sind noch in der laufenden Session traktandiert. Die Initiative geht nun an den Ständerat. Seine vorberatende Kommission lehnte die Initiative ab - allerdings noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine.

Kommentar: Sanktionen sind ein wichtiges Instrument, um Menschenrechtsverbrechen zu bekämpfen, das zeigt auch der aktuelle Krieg in der Ukraine.

Arbeit: Sans-Papiers sollen leichter Zugang erhalten zu einer beruflichen Ausbildung. Der Nationalrat hat eine entsprechende [Motion](#) seiner Staatspolitischen Kommission (SPK-N) angenommen - mit 111 zu 73 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Für eine Mitte-Links-Mehrheit ist die geltende Regelung zu restriktiv und erschwert Sans-Papiers den Zugang zur nachobligatorischen Bildung. Es sei wenig sinnvoll, junge motivierte Erwachsene mit Potenzial, die sich sowieso schon in der Schweiz befänden, von der beruflichen Ausbildung auszuschliessen, lautete der Tenor. Vor diesem Hintergrund sei eine geringfügige Anpassung der geltenden Regelung angebracht. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Ein wichtiger Entscheid, denn eine solide Ausbildung schafft Zukunftsperspektiven für junge Menschen in der Schweiz aber auch in ihren Heimatländern.

Pädokriminalität: Der Bundesrat soll eine nationale Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität ausarbeiten. Der Nationalrat hat mit 114 zu 69 Stimmen eine entsprechende [Motion](#) von Yvonne Feri (SP/AG) gutgeheissen. Feri machte geltend, die Fälle würden sich häufen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter wandte vergebens ein, die Bekämpfung des Phänomens sei Sache der Kantone. Das Bundesamt für Polizei (Fedpol) übernehme dabei einige Aufgaben. Die Kantone hätten die Grundlagen dazu und seien darum 2020 aus der Meldestelle ausgestiegen. Die Motion geht an den Ständerat.

Kommentar: Es freut mich sehr, dass meine [Rede](#) meine Kolleginnen und Kollegen im Nationalrat überzeugt hat.



Persönliche Vorstösse in der Sommersession:

- [20.3683](#) Bedarfsabhängige Kinderzulagen (abgelehnte Motion)
- [20.3684](#) Massnahmen zur Armutsprävention (abgelehntes Postulat)
- [20.4084](#) Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität (angenommene Motion)